

Siegreicher Feldherr

Bundesrat Alain Berset gewinnt die Abstimmung über die Altersreform

Von A. Sommer und D. Feusi, Bern

Alain Berset ging gestern um 12.45 Uhr knapp in die Geschichte ein. Knapp deshalb, weil der Nationalrat tout juste die 101 Stimmen erreichte, die nötig waren, damit die AHV-Revision nicht wie bereits viele vor ihr auf dem Scherbenhaufen der Geschichte gelandet ist. Mit dem gestrigen Entscheid ist der SP-Innenminister der Erste, dem nach dem Basler Bundesrat Hans Peter Tschudi ein – wenn auch vergleichsweise kleiner – Ausbau der Altersvorsorge gelungen ist. Vorausgesetzt die Vorlage nimmt im September die letzte Hürde an der Urne.

Eine Stunde und fünfzehn Minuten davor, die Debatte im Nationalratssaal beginnt. Die Ausgangslage: Am Dienstag rangen Vertreter von Stände- und Nationalrat bis spät in die Nacht um einen Kompromiss in der AHV-Reform. Der Ständerat hat drüben in der kleinen Kammer eben mit 27 zu 17 Stimmen Ja gesagt zum Vorschlag der Einigungskonferenz. Jetzt, um 11.30 Uhr, ist der Nationalrat am Zug. Für Berset steht viel auf dem Spiel. Es wäre auch eine persönliche Niederlage, wenn der Nationalrat den Vorschlag ablehnte.

Denn was jetzt auf dem Tisch liegt, ist der grösste Deal des Innenministers, eingefädelt im Sommer 2015 in seinem Büro. Damals hatte die ursprüngliche Vorlage für eine Gesamtreform von erster und zweiter Säule in der Vernehmlassung quasi Schiffbruch erlitten, weil sie einseitig auf Mehreinnahmen fusste. Bis zur Behandlung der Vorlage im Parlament waren es nur noch wenige Wochen. Ein neuer Kompromiss musste her. Und weil der Ständerat das Geschäft als Erster beriet, musste es ein Deal mit der CVP sein, der grössten Fraktion in der kleinen Kammer.

Der Deal von Mitte-Links

Die Vorlage musste – das war auch dem Sozialdemokraten Alain Berset klar – eine Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge enthalten. Wegen der steigenden Lebenserwartung ist der aktuell gültige Satz von 6,8 Prozent nicht mehr zu finanzieren. Die Versicherer leiden schon lange darunter. 2010 scheiterte eine Senkung des Satzes auf 6 Prozent an der Urne deutlich. Eine Senkung bedeutet tiefere Renten. Die CVP und die ihr nahestehenden Versicherer mussten der SP und den Gewerkschaften dafür etwas bieten, nämlich eine Aufstockung der AHV,



Als würde die Luft um ihn vibrieren. Innenminister Alain Berset schlug gestern wohl seine wichtigste Schlacht. Foto Keystone

die sozialdemokratische Forderung seit Jahren. Und sowohl die Linke wie die Mitte würden so einmal mehr vermeiden können, über das Rentenalter zu reden. Damit der Deal funktioniert, musste die CVP ihre Meinung komplett ändern. Sie hatte sich eigentlich kategorisch gegen eine Erhöhung der Renten ausgesprochen. Wenig später, im September, stimmte die CVP im Rat der höheren Rente zu.

Der Deal wurde in unüblichem Eiltempo durch den Ständerat gepeitscht. Nach den Wahlen ging das Geschäft an den Nationalrat. Wegen des Wahlsiegs von SVP und FDP hofften die Gegner Betsers auf eine Korrektur. Nur: Mit dem Entscheid im Ständerat gelang Berset auch eine Spaltung der Bürgerlichen im Nationalrat. Und das reichte für eine Mitte-links-Mehrheit in der Einigungskonferenz.

Betsers physische Präsenz

Für Berset geht also um den Schlussspurt, als er gestern um 11.30 Uhr den Nationalratssaal betritt. Während die

verschiedenen Redner ihre Argumente für ein Ja oder ein Nein noch einmal ausbreiten, mustert Berset die Anwesenden wie ein Feldweibel seine Truppe. Lässt sich diese Schlacht gewinnen? Als ihm Nationalratspräsident Jürg Stahl (SVP, ZH) das Wort erteilt, ist es Betsers letzte Gelegenheit, für die Reform zu werben. Den Körper wie eine Feder gespannt, den Unterkiefer vorgeschoben, legt er seine ganze Energie in seine Worte, es scheint, als würde die Luft um ihn vibrieren. Er appelliert vor allem an die Grünliberalen, natürlich ohne sie zu nennen, man müsse der Reform zustimmen, damit sie überhaupt dem Volk vorgelegt werden könne. Es ist das Argument, mit dem seine Berater seit Tagen nach Abweichlern gesucht haben. Es ist das Argument, mit dem jeder Bundesrat operiert, um ein Scheitern eines Geschäftes zu verhindern.

Er sagt mit viel Pathos, zum ersten Mal seit Langem herrsche bei den grossen Linien der Reform Einigkeit. Er tut es mit so viel physischer Präsenz, dass

untergeht, wie dünn die Mehrheit in der Einigungskonferenz mit 14 zu 12 Stimmen eigentlich war. Bei Betsers Ausführungen, was bei einem Nein passieren soll, hat man das Gefühl, die aufziehenden schwarzen Wolken in Form von Milliarden-Defiziten mit Händen greifen zu können. Dass die Reform einfach Milliarden an Kosten (und ebenfalls Defizite, einfach erst wieder ab 2027) bringen wird, das passt nicht in Betsers grosse Geste.

Nach dem knappen Ja

Dann endlich die Abstimmung: Der Rat sagt knapp Ja zum Vorschlag der Einigungskonferenz. Berset ist der Triumph ins Gesicht geschrieben, als er aus dem Saal stürmt und an den wartenden Journalisten vorbei Richtung Ausgang eilt. Wer ihm im Weg steht, wird weggerempelt. Umringt von seiner Entourage schreitet er wie ein Feldherr vom Schlachtfeld.

Zurück bleibt SP-Präsident Christian Levrat, der den Sieg via Medien in die Nation posaunen darf.

Kommentar

Das Geld der anderen

Von Dominik Feusi, Bern

Eine knappe Mehrheit des Nationalrates und eine grosse Mehrheit des Ständerates haben der Altersreform 2020 zugestimmt.



Wenn die Vorlage heute in der Schlussabstimmung und auch an der Urne angenommen wird, steigen die Mehrwertsteuern für alle und die Renten für wenige, nämlich für die Generation der Babyboomer. Doch diese wenigen sind im Parlament in der Mehrheit. Mit der Reform wäre die AHV bis 2030 einigermassen finanziert. Das ist kaum zufällig der Zeitpunkt, an dem die Letzten dieser Babyboomer-Mehrheit des Parlaments in Pension gehen dürften. Jene, die in den nächsten zwölf Jahren in Rente gehen, haben beschlossen, dass ihnen alle anderen diese versüssen sollen. Wer nach einem Beweis sucht, dass Eigennutz auch in der Politik eine grosse Rolle spielt, der hat ihn seit gestern in der Hand.

Frühere Generationen haben alles dafür getan, dass es ihren Kindern besser geht als ihnen selbst. Die Babyboomer sind die erste Generation, die ihre Kinder arbeiten und zahlen lässt, damit es ihr selber besser geht. Spätestens nach 2030 droht eine defizitäre Sintflut in der AHV-Rechnung. Die 68er schenken sich eine höhere Altersrente, ihren Kindern schicken sie die Rechnung – und die Gewissheit, dass sie selber kaum eine ähnlich sichere Rente erhalten werden. Das gaben gestern die Befürworter der Revision bei

Die 68er schenken sich eine höhere Altersrente, ihren Kindern schicken sie die Rechnung.

ihren Horrarszenarien für den Fall einer Ablehnung der Vorlage sogar ohne zu wollen zu. Nur eine nachhaltige Lösung dafür wollten sie auf keinen Fall. Das hätte nämlich bedeutet, endlich darüber zu reden, dass die Rechnung der AHV erst wieder ins Lot kommt, wenn das Rentenalter der gestiegenen Lebenserwartung angeglichen wird. Das Umlageverfahren der AHV schreibt heute schon jedes Jahr einen Verlust von elf Milliarden Franken, Mitte-Links hat da noch anderthalb, ab 2012 vier Milliarden, draufgepackt und verkauft das als «Stärkung der AHV». So viel zur Logik der Sieger der gestrigen Debatte.

«Für wenige statt für alle», das war das Motto von SP, CVP, Grünen, BDP und ganz plötzlich auch der Grünliberalen. Wer heute 45-jährig oder jünger ist, bezahlt in Zukunft noch mehr und bekommt später mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit noch weniger – oder gar nichts. Das Gleiche gilt für zwei Millionen heutige Rentnerinnen und Rentner. Sie werden via Mehrwertsteuer zur Kasse gebeten, ohne dass sie etwas davon haben. Diese Reform der Altersvorsorge ist eine Reform mit dem Geld der anderen. Im September an der Urne werden wir erfahren, ob sich die anderen das tatsächlich gefallen lassen. dominik.feusi@baz.ch

AHV-Schluppe für SVP und FDP

Zwei Tessiner Abweichler und eine frischgebackene Mutter verhelfen der Vorlage zum Durchbruch

Bern. Gestern 12.46 Uhr. Die Abstimmung über die Revision der Altersreform ist eine Minute vorbei, als eine junge Frau im beige Mantel hastig das Bundeshaus verlässt. Es ist die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, die das einzige Mal in dieser Session im Nationalrat erschienen ist. Vor einem Monat ist Masshardt zum zweiten Mal Mutter geworden. Seither geniesst sie gemäss Parlamentsressourcengesetz Mutterschutz und bekommt das Taggeld auch, wenn sie nicht erscheint.

Das laut Arbeitsgesetz strikte und der SP eigentlich heilige Arbeitsverbot für Wöchnerinnen wurde gestern grosszügig übersehen. Denn ohne Masshardts Stimme wäre die Rentenvorlage gescheitert. Da der Rat gleichzeitig die Ausgabenbremse lösen musste, war die Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder nötig. Jede Stimme zählte.

Ebenso wichtig wie Masshardts Stimme waren allerdings auch die Stimmen der beiden Abweichler aus der SVP-Fraktion. «Das Tessin hat entschieden», jubelte nach geschlagener Schlacht der sichtlich erleichterte Berner SP-Nationalrat Corrado Pardini und meinte damit Roberta Pantani und Lorenzo Quadri aus der Lega dei Ticinesi, die der Vorlage zustimmten. Die SVP hatte zuvor vergeblich versucht, sie von einer Enthaltung zu überzeugen. Nach der Abstimmung war die Wut über die beiden Fraktionsgenossen

umso grösser. Stimmen wurden laut, die den Ausschluss der zwei Tessiner aus der Fraktion forderten. Für die beiden würde dies bedeuten, dass sie ihre Kommissionssitze verlieren würden – zumindest, bis sie in einer anderen Fraktion Unterschlupf gefunden hätten.

«Rot-schwarzes Machtkartell»

Mit dem gestrigen Entscheid hat sich das Parlament nun doch über die Reform der Altersvorsorge geeinigt – wenn auch äusserst knapp mit 101 zu 91 Stimmen bei vier Enthaltungen. SVP und FDP blieben standhaft und sprachen sich mehrheitlich gegen die Anträge der Einigungskonferenz aus. Sie lehnen das Konzept zum Ausgleich

SO STIMMTEN DIE BASLER UND BASELBIETER

Altersvorsorge 2020	
Basel-Stadt	
Sibel Arslan (BastA)	Ja
Christoph Eymann (LDP)	Nein
Sebastian Frehner (SVP)	Nein
Beat Jans (SP)	Ja
Silvia Schenker (SP)	Ja
Basellandschaft	
Thomas de Courten (SVP)	Nein
Maya Graf (Grüne)	Ja
Susanne Leutenegger Oberholzer (SP)	Ja
Eric Nussbaumer (SP)	Ja
Daniela Schneeberger (FDP)	Nein
Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP)	Ja
Sandra Sollberger (SVP)	Nein

der Rentenausfälle in der zweiten Säule ab: Neue AHV-Renten werden um 70 Franken erhöht. Dafür werden 0,3 zusätzliche Lohnprozente erhoben. Der Plafond für Ehepaarrenten wird von 150 auf 155 Prozent angehoben, was pro Monat bis zu 226 Franken mehr bedeutet.

Die Gegner warnten vor den Kosten, die mit jeder neuen Rentnergeneration ansteigen würden. Für sie ist es unhaltbar, dass jene, die heute jung oder noch nicht einmal geboren sind, dafür aufkommen sollen. «Es ist die künftige Generation, die die Zeche dafür zahlen wird», sagte Thomas de Courten (SVP, BL). Er sprach vom «Diktat» eines «rot-schwarzen Machtkartells». Die Koalition aus Linken und CVP wolle mit dem AHV-Zuschlag das Volk kaufen.

Kröten und bittere Pillen

Eine Rentenreform gegen die Linke sei chancenlos, entgegnete CVP-Sprecherin Barbara Schmid-Federer (ZH). Es sei die Verantwortung des Parlaments, der Bevölkerung eine mehrheitsfähige Reform vorzulegen. «Politik ist immer die Kunst des Möglichen», sagte sie. Alle müssten Kröten schlucken, sagte die Grüne Christine Häslar (BE). Sie erwähnte das höhere Frauenrentenalter. «Die Frauen zahlen einen hohen Preis.» BDP-Sprecher Lorenz Hess (BE) erinnerte andererseits an die Errungenschaften, auf die sich die Räte geeinigt hätten. «Lassen wir das Volk entschei-

den», forderte er. Auch Bundesrat Alain Berset betonte, dass zum ersten Mal seit langer Zeit über die grossen Linien einer Rentenreform Einigkeit bestehe.

Die Grünliberalen hatten sich lange gegen den AHV-Zuschlag gewehrt. Doch am Mittwochabend beschlossen sie, die bittere Pille zu schlucken. Sie unterstützten den Antrag der Einigungskonferenz, um die Reform nicht abstürzen zu lassen. GLP-Sprecher Thomas Weibel (ZH) hielt aber fest: «Das ist nicht unsere Vorlage.»

Die goldene Brücke hatte die Einigungskonferenz am Dienstagabend gebaut. Während sie beim Konzept zum Ausgleich der Rentenausfälle auf der Linie von CVP, SP, Grünen und BDP blieb, beugte sie sich bei der Mehrwertsteuer dem Willen von SVP, FDP und GLP. Die Fraktionen hatten sich dafür eingesetzt, dass die Mehrwertsteuer nur um 0,6 Prozent erhöht wird und nicht um 1 Prozent. Das bedeutet jährlich rund 1,4 Milliarden Franken weniger für die AHV. Nicht mehr umstritten waren das Frauenrentenalter 65, der flexible Altersrücktritt und die Senkung des Umwandlungssatzes auf sechs Prozent.

Nun muss die Vorlage noch die heutige Schlussabstimmung überstehen. Sind diese Hürden geschafft, kommt die Reform der Altersvorsorge am 24. September an die Urne. Dies ist nötig, weil eine Mehrwertsteuer-Erhöhung einer Verfassungsänderung bedarf. SDA/fi